

Niederschrift zur 31. öffentlichen Sitzung des Beirates Vegesack am Montag, den 15. Dezember 2025 um 18:30 Uhr im Sitzungssaal des Ortsamtes Vegesack, Gerhard-Rohlfs-Straße 62, 28757 Bremen

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 22:00 Uhr

Vorsitz: Gunnar Sgolik

Schriftführung: Sabrina KC

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift vom 17.11.2025

TOP 2 Bürgeranträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten von Bürger:innen

TOP 3 Sitzungstermine des Beirates und Sprecherausschusses 2026 Ca. 18:45 Uhr

TOP 4 Finanzielle Situationen der Feuerwehren in Bremen-Vegesack Ca. 19 Uhr

Hierzu eingeladen:

Vertreter:innen des Senators für Inneres

Vertreter:innen der Berufsfeuerwehr Bremen

Vertreter:innen der Freiwilligen Feuerwehr Vegesack

Vertreter:innen der Freiwilligen Feuerwehr Schönebeck

TOP 5 Bebauungsplan 1632 "Kücksberg" in Bremen-Vegesack; Ca. 19:45 Uhr
Beteiligung Behörden/ Träger Öffentlicher Belange

Hierzu eingeladen:

Vertreter:innen der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung

TOP 6 Straßenbenennung des Steingut-Quartiers

TOP 7 Bericht aus dem Controllingausschuss vom 25.11.2025

TOP 8 Anträge und Anfragen des Beirates / Jugendbeirates

8.1. Gemeinsamer Antrag des Beirates Vegesack „Warnemünder Weg schnellstmöglich wiederherstellen – Zeitplan transparent machen“

TOP 9 Mitteilungen des Ortsamtsleiters

TOP 10 Mitteilungen der Beiratssprecherin

TOP 11 Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

Anwesende Mitglieder

Holger Bischoff	Gabriele Jäckel
Heike Sprehe	Sabine Rosenbaum
Norbert Arnold	Nicole Poker
Thomas Pörschke	Michael Alexander
Maximilian Neumeyer	Ines Schwarz
Eyfer Tunc	Andreas Kruse
Ingo Schiphorst	

Abwesende Mitglieder (*kursiv= entschuldigt*)

Fethi Kandaz	<i>Natalie Lorke</i>
<i>Heiko Werner</i>	

Weitere Gäste

Herr Berlips	1. Vorsitzender Landesfeuerwehrverband Bremen e.V.
Herr Heßemer	Amtsleiter der Feuerwehr Bremen -digital-
Herr Hartmann	Wehrführer Freiwillige Feuerwehr Bremen-Vegesack
Herr Haase	stellv. Wehrführer Freiwillige Feuerwehr Bremen-Vegesack
Herr Hadler	Wehrführer Freiwillige Feuerwehr Bremen-Schönebeck
Herr Molde	Stellv. Wehrführer Freiwillige Feuerwehr Bremen-Schönebeck
Herr Janitschke	Stellv. Wehrführer Freiwillige Feuerwehr Bremen-Schönebeck
Frau Rohbeck	Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung, FB 02 Stadtplanung, Bauordnung Nord (BBN)
Frau Specht	Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung, FB 02 Stadtplanung, Bauordnung Nord (BBN)

Herr Sgolik eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Ergänzend zur Tagesordnung wird unter TOP 8 noch ein Dringlichkeitsantrag von Herrn Schiphorst unter 8.1. aufgenommen, der bisher genannte TOP 8.1. wird zu 8.2.

Weitere Änderungswünsche gibt es nicht, so dass die Tagesordnung so genehmigt ist.

Zur Protokollerstellung wird die Sitzung in Ton & Bild aufgezeichnet und im Anschluss wieder gelöscht. Die Verhaltensweisen für die hybride Sitzung werden verlesen. Es wird daher auf die gültige Geschäftsordnung des Beirates verwiesen, insbesondere auf § 4 Abs. 14: Für die Sitzungsleitung, die Gremienmitglieder und für die Öffentlichkeit muss jederzeit durch Bildübertragung, namentliche Anzeige oder sonstige geeignete Darstellung erkennbar sein, welche Gremienmitglieder von extern zugeschaltet sind und an der Sitzung teilnehmen. Diese Gremienmitglieder sind verpflichtet, sich mit Klarnamen anzumelden.

TOP 1 Genehmigung der Niederschriften vom 17.11.2025

Es gibt keine Änderungswünsche. Die Niederschrift gilt somit als genehmigt.

TOP 2 Bürgeranträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten von Bürger:innen

2.1. Bürgerantrag Herr Suhr „Sitzgelegenheiten beim Vegesacker Jungen“

Herr Suhr möchte, dass der Beirat ihn dabei unterstützt, dass beim Vegesacker Jungen Sitzgelegenheiten geschaffen werden.

Weitere Bürgeranträge aus dem Zuschauerraum:

Frau Tosonowski möchte lediglich den aktuellen Stand zum Fernwärmeausbau in Verbindung mit den Einschränkungen für die Initiative Lindenstraße geklärt haben. Hier gab es bereits einen Emailaustausch mit Herrn Kraska. Frau Tosonowski wird sich nochmal an Herrn Kraska direkt wenden.

TOP 3 Sitzungstermine des Beirates und Sprecherausschusses 2026

Die CDU möchte den 19.10.2026 und damit auch den Sprecherausschuss vom 21.10.2026 um jeweils eine Woche verschieben.

Der Beirat stimmt der Vorlage unter Berücksichtigung der Änderung einstimmig zu.

TOP 4 Finanzielle Situationen der Feuerwehren in Bremen-Vegesack

Der Landesfeuerwehrverband Bremen hat gemeinsam mit den Freiwilligen Feuerwehren ein Schreiben verfasst, das auf die unzureichende und schwankende finanzielle Ausstattung der Feuerwehren hinweist. Insbesondere wird auf die stark gestiegenen Kosten für Ausrüstung und die veraltete Fahrzeugflotte mit hohem Reparaturbedarf hingewiesen, die die Einsatzfähigkeit gefährden. Die Freiwilligen Feuerwehren sind integraler Bestandteil der

Sicherheitsarchitektur Bremens und ergänzen die Berufsfeuerwehr bei größeren Einsätzen. Zudem bestehen erhebliche Mängel an den Liegenschaften der Feuerwehrstandorte. Das Schreiben fordert eine dauerhafte und planbare Erhöhung der Haushaltsmittel, um Grundbedarfe wie persönliche Schutzausrüstung und Fahrzeugsatz sicherzustellen. Durch das Bundessondervermögen¹ stehen nun insgesamt über sieben Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung, davon vier Millionen Euro für neue Fahrzeuge, was als bedeutende Unterstützung angesehen wird. Dennoch bleibt der Sanierungsstau groß, insbesondere hinsichtlich veralteter Fahrzeuge und unzureichender Infrastruktur, weshalb weitere Mittel und Maßnahmen erforderlich sind, um langfristig die Einsatzfähigkeit sicherzustellen.

Tim Haase, stellvertretender Wehrführer der Freiwilligen Feuerwehr Bremen Vegesack, erläutert die aktuelle Situation seiner Einheit, die trotz langjähriger Verwurzelung im Stadtteil erhebliche infrastrukturelle Defizite aufweist, da seit über 30 Jahren kaum Investitionen in die Liegenschaft getätigt wurden. Er betont die Notwendigkeit einer Verstärkung und Erhöhung der Landesmittel, um sowohl den täglichen Betrieb, inklusive Ausrüstung und Energiekosten, als auch die Ausbildung von Einsatzkräften, etwa für Führerscheine der Klassen C und CE, sicherzustellen. Haase verweist zudem auf die geplante Zusammenlegung der Freiwilligen Feuerwehren Vegesack und Schönebeck im Rahmen des Brandschutzbedarfsplans, was zwar wirtschaftlich sinnvoll sei, jedoch erhebliche Anforderungen an Infrastruktur und Personal mit sich bringe und die bisherige Quartiersarbeit zugunsten des Einsatzdienstes einschränken könnte. Er appelliert an die politischen Vertreter, die notwendigen Mittel bereitzustellen, um den Standort und das Engagement der Freiwilligen Feuerwehr (Unterstützung bei Laternenumzügen, Kinderfesten etc.) langfristig zu sichern.

Herr Hadler, Wehrführer der Freiwilligen Feuerwehr Bremen-Schönebeck stimmt Herrn Hasse zu und thematisiert die Herausforderungen der Freiwilligen Feuerwehr Bremen, insbesondere hinsichtlich der reduzierten Ausrüstung und der veralteten Fahrzeugflotte, die teilweise über zehn Jahre alt ist. Trotz eines großen Gerätehauses in Schönebeck besteht ein Platzproblem für aktive Mitglieder und deren Ausrüstung. Ein möglicher Zusammenschluss der Freiwilligen Feuerwehren im Stadtteil Vegesack wird als zukünftige Lösung betrachtet, wobei der Flächenbedarf und die Mitgliederzahl erheblich steigen würden. Es wird betont, dass langfristige Investitionen frühzeitig geplant werden müssen, da die Beschaffung von Mitteln und die Umsetzung von Modernisierungen viel Zeit in Anspruch nehmen. Der bestehende Investitionsstau kann kurzfristig nicht behoben werden, was zu einer weiteren Verschärfung der Situation führen wird, auch bei den Standorten der Berufsfeuerwehr.

¹ [Bundesfinanzministerium - Das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität](#)
Seite 4 von 12

Auf Nachfrage Herrn Schiphorst erklärt Herr Haase, dass der Standort der Freiwilligen Feuerwehr Bremen-Vegesack sich im denkmalgeschützten Ensemble Villa Fritze befindet, dass sich im Eigentum von Immobilien Bremen befindet und Sanierungsbedarf aufweist, insbesondere an der Holzfassade und der Dachbalkenlage aufgrund von Holzwurmbefall. Der Landesdenkmalpfleger sieht hier kurzfristigen Handlungsbedarf und plant die Mittelentwicklung für die Ertüchtigung der Fassade innerhalb der nächsten 10 bis 15 Jahre. Die verkehrliche Lage des Standorts ist zwar ungünstig, jedoch besser als bei anderen Freiwilligen Feuerwehr-Standorten. Die vorhandene Infrastruktur umfasst getrennte Umkleiden und Toiletten sowie verbesserte Räumlichkeiten für die Jugendfeuerwehr. Das historisch gewachsene Gebäude bietet zwar nur begrenzte Möglichkeiten für Schutzmaßnahmen, wird jedoch weiterhin als funktionaler Standort für kritische Infrastruktur genutzt.

Der Brandschutzbedarfsplan regt eine langfristige Bündelung von Ressourcen durch Zusammenlegung von Freiwilligen Feuerwehren an, um Effizienz und Schlagkraft zu erhöhen, weist jedoch auf mögliche Einschränkungen der Stadtteilarbeit und längere Umsetzungszeiträume hin, wie Beispiele aus Bremen belegen. Die Zusammenlegung wird vom Landesfeuerwehrverband kritisch betrachtet, da sie nicht automatisch zu einer Reduktion der ehrenamtlichen Aktivitäten führen soll, jedoch nur bei funktionierendem Zusammenschluss unterstützt wird. Herr Arnold und Herr Kruse betonen die Bedeutung der Verwurzelung der Wehren im Stadtteil, die für die Motivation und Jugendarbeit essenziell ist, und schlagen vor, auch Jugendfördermittel stärker einzubeziehen. Insgesamt wird ein ausgewogener Umgang mit Realitäten und Fördermöglichkeiten angestrebt, um die Leistungsfähigkeit der Feuerwehren langfristig zu sichern.

Herr Sgolik unterbreitet folgenden Beschlussvorschlag:

- 1. Es muss eine verbindliche Planung beschlossen werden, wie die Defizite im Bereich der Liegenschaften, des Fuhrparks in den nächsten 10 Jahren beseitigt werden.**
- 2. Für das vom Bund auferlegte Sondervermögen Infrastruktur muss ein fester jährlicher und adäquat Anteil für die Feuerwehr Bremen genutzt werden, um insbesondere die Defizite im Bereich der Liegenschaften zu beseitigen.**
- 3. Der Haushalt der Feuerwehr Bremen für konsumtive Ausgaben ohne Personalkosten muss jährlich um mindestens eine Million Euro erhöht werden.**

- 4. Der Beirat Vegesack fordert Immobilien Bremen auf, gemeinsam mit den jeweiligen Wehrführern die erforderlichen Investitionen für die Standorte Vegesack und Schönebeck zu ermitteln und bereitzustellen.**
- 5. Der Beirat Vegesack bittet Immobilien Bremen in einer Sitzung in der zweiten Jahreshälfte 2026 über die notwendigen Maßnahmen und deren zeitliche Umsetzung zu berichten.**
- 6. Der Beirat Vegesack fordert die Senatorin für Inneres und Sport auf, zu prüfen inwieweit zusätzliche Bundesmittel für die Bremer Feuerwehr akquiriert werden können.**

Der Beirat stimmt dem Beschluss einstimmig zu.

TOP 5 Bebauungsplan 1632 "Kücksberg" in Bremen-Vegesack; Beteiligung Behörden/Träger Öffentlicher Belange

Die Stadtplanungsabteilung des Bauamtes Bremen-Nord, vertreten durch Frau Rohbeck und Frau Specht, präsentieren den Bebauungsplan 1632 „Kücksberg“ und erläutern das weitere Verfahren. Die Anwohnenden wurden im Vorfeld per Postwurfsendung über das laufende und zukünftige Verfahren informiert, um eine umfassende Beteiligung zu gewährleisten.

Die Städtische Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung hat vor etwa einem Jahr den Aufstellungsbeschluss für den sektoralen Bebauungsplan 1632 in Bremen Nord, Ortsteil Vegesack, gefasst, der die Schaffung eines Wohnquartiers im unbeplanten Innenbereich zwischen Kücksberg, Hermann Fortmann Straße und rückwärtigen Grundstücken vorsieht. Nach einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung und der Einholung verschiedener Gutachten zu Artenschutz, Lärm und elektromagnetischen Feldern, die keine unüberwindbaren Hürden ergaben, befindet sich das Verfahren nun in der Phase der Fachbehördenbeteiligung. Der Bebauungsplan sieht eine gemischte Nutzung mit Schwerpunkt Wohnen vor, berücksichtigt topografische Höhenunterschiede und setzt Baugrenzen sowie Höhenbegrenzungen fest, um sich in die Umgebung einzufügen und den Baumbestand zu schützen. Zudem werden Schallschutzmaßnahmen und Vorgaben zum Wasserschutzgebiet berücksichtigt. Die öffentliche Beteiligung ist für das Frühjahr geplant, der Satzungsbeschluss soll bis Ende des nächsten Jahres erfolgen.

Herr Schiphorst kritisiert den Ablauf der Öffentlichkeitsbeteiligung, die als Auslegungsverfahren erfolgt, bei dem Anregungen meist nicht berücksichtigt werden. Er

hinterfragt, ob eine erneute Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB möglich und politisch gewollt ist. Weiter merkt er an, dass die Ergebnisse des Planungsdialogs in der Begründung nicht dargestellt sind und bittet um deren Nachrechnung. Weiterhin fragt er nach möglichen Verschattungsproblemen durch den Höhenvorsprung sowie nach der Berücksichtigung von Artenschutzbelangen, wobei nur außergewöhnliche Arten besonderen Schutz erfahren sollen.

Der Bebauungsplan befindet sich derzeit in der Beteiligungsphase der Behörden und Träger öffentlicher Belange, eine Öffentlichkeitsbeteiligung ist erst nach Vorlage des Entwurfs an die Deputation vorgesehen. Das Verfahren ist ein vereinfachtes, zügiges Verfahren zur Schaffung von Wohnbauflächen, das spätestens bis Ende 2027 abgeschlossen sein muss, da es danach nicht mehr anwendbar ist. Artenschutz spielt eine zentrale Rolle, wobei Gutachten mögliche Konflikte mit geschützten Arten und Habitaten aufzeigen; Ausgleichsmaßnahmen sind jedoch im Rahmen dieses Verfahrens nicht festsetzbar, da der Artenschutz unmittelbar vom Bauherrn zu berücksichtigen ist. Die Ergebnisse des Planungsdialogs werden nicht in der Begründung des Bebauungsplans selbst dargestellt, sondern als separate Information der Deputation vorgelegt, da die Begründung fachlich die Abwägung der Belange und das Ergebnis des Verfahrens darstellt. Trotz teils vehemente Kritik im Bürgerdialog wurde die Mehrheit der Flächeneigentümer vorab für eine wohnbauliche Entwicklung gewonnen, was den Start des Verfahrens ermöglichte.

Herr Pörschke betont das dringende Interesse, im Bereich Vegesack zeitnah adäquaten Wohnraum zu schaffen, um im Wettbewerb um Fachkräfte in Gesundheit und Bildung gegenüber Innenstadt und Nachbargemeinden nicht zurückzufallen. Angesichts der aktuellen Krise im Wohnungsbau, der in Deutschland weitgehend zum Erliegen gekommen ist, wird die Bedeutung kleinerer Bauflächen hervorgehoben. Dabei bestehen besondere Herausforderungen aufgrund der heterogenen Nutzung und der historischen Belastungen des Erdreichs, die für zukünftige Bauherren, Eigentümer und Mieter sorgfältig untersucht werden müssen. Zudem sind ortsbildprägende, teils sehr alte Gebäude an der Hermann-Volkmann-Straße zu schützen, was bei Baumaßnahmen besondere Sicherheiten erfordert.

Im Rahmen von Gesprächen mit der Senatorischen Dienststelle für Umwelt, Klima und Wissenschaft sowie den Unternehmen UBB (Umweltbetrieb Bremen) und Hansewasser wurde durch Frau Specht insbesondere die Versickerung von Oberflächenwasser aufgrund der topografischen Lage und Bodenbeschaffenheit als vorrangige Maßnahme gegenüber der Ableitung in den Regenwasserkanal erörtert, um eine Überlastung zu vermeiden. Zudem wurde auf Altablagerungen auf dem ehemaligen Grundstück der Firma Nehlsen und die Fließrichtung des Grundwassers im Altlastenbereich hingewiesen, wobei der Schutz der höher

gelegenen Neubauten gewährleistet ist. Nach dem Wasserhaushaltsgesetz muss das anfallende Oberflächenwasser vom Unterlieger aufgenommen werden, wobei der Oberlieger nur die natürliche Wassermenge ableiten darf. Hinsichtlich der Ritterhäuser stellte das Landesamt für Denkmalpflege fest, dass diese erhaltenswerte Bausubstanz, jedoch keine Baudenkmale darstellen; die Festsetzung der Gebäudehöhen und Giebelausrichtungen orientiert sich an der vorhandenen Reetdachhausstruktur. Die Bebauungsplanung berücksichtigt zudem die topografischen Gegebenheiten, indem Baufenster und Gebäudehöhen so festgelegt wurden, dass sie städtebaulich verträglich sind und die bestehende Struktur nicht beeinträchtigen.

Herr Arnold weist daraufhin, dass der städtische Klimaplan für das neue Baugebiet eine problematische Lage auf, da es in unmittelbarer Nähe zu einer großen Industriefläche und wärmeträchtiger Wohnbebauung liegt und als Verbindungskorridor zwischen kühleren Gebieten fungiert. Trotz der Bedeutung von Hitzeschutz und städtischem Klima werden diese Aspekte im Bebauungsplan kaum berücksichtigt, ebenso fehlt eine klare Kompensationsstrategie für den Verlust von Flora und Fauna. Eine intelligenter Flächenaufteilung mit integrierten grünen Inseln könnte sowohl dem Klimaschutz als auch der Biodiversität und der Lebensqualität der Anwohner zugutekommen, ohne den wirtschaftlichen Interessen des Eigentümers zu widersprechen.

Frau Rohbeck erklärt hierzu, dass im vorliegenden sektoralen Bebauungsplan die Festsetzungsmöglichkeiten stark eingeschränkt sind, sodass beispielsweise keine Bäume, Grünanlagen, Straßen oder aktive Lärmschutzmaßnahmen verbindlich festgelegt werden können. Stattdessen wird durch zurückgenommene Baugrenzen versucht, bestehende Baumgruppen zu erhalten, ohne jedoch deren Schutz explizit zu verankern. Dieses Verfahren dient der zügigen Schaffung von Wohnbauflächen und orientiert sich an Vorgaben zur Beschleunigung des Wohnungsbaus, wie sie von der zuständigen Deputation und dem Senat vorgegeben wurden. Klimaanpassungsaspekte wurden berücksichtigt, indem Einzelhäuser vorgesehen sind, die eine bessere Luftzirkulation ermöglichen, und die Bebauung sich in ihrer Dichte an die umliegende Wohnbebauung anpasst, ohne hohe Ausnutzungsziffern festzusetzen.

Frau Lankenau, Anwohnerin und Sprecherin der Interessenvertretung Kücksberg kritisiert, dass bislang keine offizielle Einwohnerversammlung gemäß §3 Abs.1 BauGB stattgefunden hat, sondern lediglich eine unverbindliche Informationsveranstaltung. Der Bebauungsplan 1632 „Kücksberg“ sieht eine Bebauung von bis zu 76 % der Fläche vor, wobei der Erhalt von Grünstrukturen und Artenschutz mit nur 24 % der Fläche als unzureichend bewertet wird. Die

geplante Anzahl von 14 bis 30 Wohneinheiten steht im Widerspruch zum behaupteten Grünflächenerhalt, zumal zahlreiche streng geschützte Vogel- und Fledermausarten sowie Habitatbäume betroffen sind. Da es sich um einen „einfachen Bebauungsplan“ handelt, sind kaum Naturschutzmaßnahmen vorgesehen, und Befreiungen von Schutzaflagen sind möglich. Die Mehrheit der Anwohner lehnt die Bebauung entschieden ab, da das öffentliche Interesse zugunsten eines einzelnen Grundstückseigentümers nicht gegeben ist und die Anforderungen an bezahlbaren Wohnraum nicht erfüllt werden. Dazu gibt sie eine Unterschriftensammlung ab, die sich gegen den Bebauungsplan richtet.

Herr Mosel, Miteigentümer der Grundstücke, erklärt, dass Absicht ist, dort Grundstücke bauträgerfrei für Einfamilienhäuser anzubieten.

Herr Pörschke erläutert die Herausforderungen bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, insbesondere im Kontext von Flächenknappheit und unterschiedlichen Interessen der Anwohner. Er betont das Spannungsfeld zwischen dem Erhalt bestehender Gartennutzungen und dem Bedarf an neuem Wohnraum, verweist auf die Bedeutung politischer Rahmenbedingungen für Bauprojekte und verteidigt die Rolle lokaler Unternehmer wie Herrn Mosel, die trotz Kritik konstruktiv zur Stadtentwicklung beitragen.

Frau Rohbeck erklärt, dass ein möglicher Wechsel vom sektoralen Bebauungsplan zum Bauturbo nach § 246 Baugesetzbuch zwar die Wohnraumbeschleunigung und Nachverdichtung erleichtern könnte, würde jedoch die kommunale Beteiligung einschränken. Daher wird betont, dass ein sorgfältig ausgearbeiteter Plan mit verbindlichen Kompensationspflichten für Bauträger notwendig ist, um langfristige Nachteile für die Gemeinde zu vermeiden.

Herr Sgolik unterbreitet nach einer 5-minütigen Beratungspause folgenden Beschlussvorschlag:

- 1. Der Beirat Vegesack bedankt sich zunächst beim Bauamt Bremen-Nord für die Ausführungen und stimmt dem Bebauungsplan in der dargestellten Form und dem weiteren Verfahren zu.**

Mit zwei Ablehnungen stimmt der Beirat dem Beschluss **mehrheitlich** zu.

TOP 6 Straßenbenennung des Steingut-Quartiers

Herr Schiphorst schlug vor, die Planstraßen A, B und C nach der Grohner Wandplattenstraße, dem Tunnelofen und der Steingutfabrik zu benennen. Die SPD-Fraktion favorisierte die Benennung nach der Alten Steingut, der Gertrud-Overbeck-Straße – benannt nach der Gründerin und langjährigen Leiterin des Overbeck Museums sowie Trägerin des Bundesverdienstkreuzes – und der Grohner Geest. Die CDU-Fraktion brachte die Vorschläge Norddeutsches Steingut, Mosaikring und Zur Fliese ein. Die Diskussion zeigte, dass die Vorschläge teilweise als unzusammenhängend und wenig klangvoll empfunden wurden, insbesondere die Bezeichnungen wie „Wandplattenstraße“ oder „Tunnelofen“ wurden als wenig wohnlich und wenig attraktiv kritisiert.

Ein zentraler Diskussionspunkt war die Benennung nach Gertrud Overbeck. Es wurde darauf hingewiesen, dass es bereits mehrere Straßen mit dem Namen Overbeck in Bremen gibt, was zu Verwechslungen führen könnte. Daher wurde vorgeschlagen, die Straße als „Gertrud Overbeck Ring“ zu benennen, um eine klare Unterscheidung zu gewährleisten und gleichzeitig das bedeutende Wirken Overbecks angemessen zu würdigen. Diese Variante fand breite Zustimmung, auch von Seiten der CDU, die zuvor Bedenken gegen die ursprüngliche Benennung geäußert hatte. Die Bedeutung der Namensgebung wurde hervorgehoben, da die Straßennamen langfristig Bestand haben und ein positives, klangvolles Bild vermitteln sollten, das sowohl die Geschichte als auch die Topografie des Gebiets widerspiegelt.

Die weiteren Straßennamen sollten demnach einen stärkeren Bezug zur regionalen Geschichte und Geografie aufweisen, wobei die Vorschläge „Zur Alten Steingut“ und „Grohner Geest“ als besonders passend angesehen wurden. Die „Zur Alten Steingut“ wurde als selbsterklärender Name gewürdigt, der die historische Nutzung des Areals verdeutlicht, während „Grohner Geest“ die geographische Lage widerspiegelt und Heimatverbundenheit ausdrückt. Die CDU-Fraktion brachte zudem den Vorschlag „Norddeutsche Steingut“ ein, der ebenfalls auf die historische Bedeutung der Steingutproduktion in der Region Bezug nimmt und als klangvoll und identitätsstiftend bewertet wurde. Die Benennung „Mosaikring“ und „Zur Fliese“ wurde hingegen weniger favorisiert, da sie weniger Bezug zur Geschichte und Kultur des Ortes aufweisen.

Das Gremium einigt sich auf folgende Vorschläge und stimmt wie folgt ab:

Planstraße A: Zur Alten Steingut → **einstimmig** angenommen

Planstraße B: Gertrud-Overbeck-Ring → mit einer Enthaltung **mehrheitlich** angenommen

Planstraße C: Grohner Geest → mit acht Zustimmungen **mehrheitlich** angenommen

Planstraße C: Zur Grohner Fliese → mit acht Ablehnungen **mehrheitlich abgelehnt**

TOP 7 Bericht aus dem Controllingausschuss vom 25.11.2025

Frau Tunc berichtet, dass aktuell 216 Tsd. EUR für die Jugendarbeit in Vegesack fehlen. Der letzte Ausschuss war auch sehr schwierig sich zu einigen. Alle mussten Abstriche machen, da alles teurer wird (Gehälter, Tarifsteigerungen, Mietsteigerungen, Nebenkostensteigerungen etc.). Zum einen wurde sich enthalten, andere haben abgelehnt, damit die Geldverteilung nicht in die Deputation musste.

Frau Tunc erklärt, dass es den Controllingausschuss in diesem Format nicht mehr geben wird, da ab 2027 die Gelder Bremen-Nord verteilt werden und nicht mehr nach Stadtteilen getrennt.

TOP 8 Anträge und Anfragen des Beirates / Jugendbeirates

8.1 Dringlichkeitsantrag Herr Schiphorst „Herstellung der Öffentlichkeit für Antworten zur Strandlust“

Aufgrund der Zeit verzichtet Herr Schiphorst auf die Verlesung der Begründung zur Dringlichkeit und das Gremium stimmt direkt ab.

Die Dringlichkeit wird mit neun Ablehnungen, drei Zustimmungen und einer Enthaltung **ablehnt**.

Somit wird der Antrag im Rahmen der nächsten Beiratssitzung 19.01.2026 behandelt.

8.2 Gemeinsamer Antrag des Beirates Vegesack „Warnemünder Weg schnellstmöglich wiederherstellen - Zeitplan transparent machen“

Es wird auf eine Beratung verzichtet und über den vorliegenden Antrag direkt abgestimmt.

Dem Antrag wird **einstimmig** zugestimmt.

TOP 9 Mitteilungen des Ortsamtsleiters

Erreichbarkeit des Ortsamtes zu den Weihnachtsfeiertagen und dem Jahreswechsel:

22.+23.12.2025 regulär besetzt

24.-26.12.2025 geschlossen

29.+30.12.2025 lediglich telefonisch und per Mail zu erreichen

01.-02.01.2026 geschlossen

Ab dem 05.01.2026 ist das Ortsamt wieder regulär über alle Kanäle zu erreichen.

TOP 10 Mitteilungen der Beiratssprecherin

Frau Sprehe berichtet von einer gut besuchten Bürgersprechstunde im Dezember. Die nächste Bürgersprechstunden findet am 06.01.2026 im Sitzungssaal des Stadthauses statt.

TOP 11 Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

Herr Sgolik wünscht frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins Jahr 2026.

Ende der Sitzung: 22:00 Uhr

Gunnar Sgolik
(Vorsitz)

Heike Sprehe
(Beiratssprecherin)

Sabrina KC
(Schriftführung)